

10/SN - 351/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie  
PRÄSIDIUM

A-1010 Wien, Stubenbastei 5

Tel. : (01) 515 22  
Fax :  
DVR : 0441473  
Abteilung : I  
Sachbearbeiter/in : Seifert  
Durchwahl : 1723

An das  
Präsidium des Nationalrates—

Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Wien, am 14. April 1999  
Zl. 61 1460/6-Pr.1/99

*Dr. Klausgruber*  
Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen  
Beitrages zur 12. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwick-  
lungsorganisation (IDA °12); Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erlaubt sich, 22 Exemplare  
seiner Stellungnahme an das BMF zu o.a. Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Für den Bundesminister:  
Dr. Thomasitz

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Siegel*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie  
PRÄSIDIUM

A-1010 Wien, Stubenbastei 5

Tel. : (01) 515 22  
Fax :  
DVR : 0441473  
Abteilung : I  
Sachbearbeiter/in : Seifert  
Durchwahl : 1723

An das  
Bundesministerium für Finanzen

Himmelfortgasse 4-8, PF 2  
1015 Wien

Wien, am 14. April 1999  
Zl. 61 1460/6-Pr.1/99

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen Beitrages zur 12. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA °12); Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erlaubt sich zu dem im Betreff angeführten Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Wiederauffüllung der Mittel des „IDA °12“ wird grundsätzlich begrüßt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass diese Mittel für „Programme zur Förderung des Wachstums und zum Abbau der Armut“ eingesetzt werden sollen, da gemäß den Erläuterungen „IDA“ dabei hilft, das menschliche Kapital, die Institutionen und die Infrastruktur aufzubauen, um ein Wachstum auf einer gerechten und dauerhaften Basis möglich zu machen.

Wie bereits 1997 im Zweiten Nationalen Klimabericht der österreichischen Bundesregierung in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen gemäß dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen festgestellt wurde (Seite 128), verfolgen die österreichischen Behörden den Grundsatz, dass alle mittels öffentlicher Entwicklungshilfe unterstützen Projekte **umweltverträglich** sein müssen.

-

-

-

-

Es sollte daher keinesfalls die Umweltverträglichkeit der mit „IDA“ unterstützten Projekte außer Acht gelassen werden.

Für den Bundesminister:

Dr. Thomasitz

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Siegel*